

Anna-Sophie Heinze

Strategien gegen Rechtspopulismus?

Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten



Nomos

International Studies on Populism

herausgegeben von / edited by

Prof. M.A. Ph.D. Reinhard C. Heinisch, Universität Salzburg

Prof. Dr. Christina Holtz-Bacha, Friedrich-Alexander-
Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Oscar Mazzoleni, Universität Lausanne

Wissenschaftlicher Beirat / Scientific Advisory Board:

Daniele Albertazzi (Birmingham), Cristóbal Rovira Kaltwasser
(Santiago), Sarah L. de Lange (Amsterdam), Steven Saxonberg
(Praha), Ph.D., Emilie van Haute (Bruxelles), Donatella Campus
(Bologna), Steven Wolinetz (Newfoundland)

Band / Volume 8

Anna-Sophie Heinze

Strategien gegen Rechtspopulismus?

Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Jena, Diss., Friedrich-Schiller-Universität, 2019

ISBN 978-3-8487-6738-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0810-4 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	11
1 Wie umgehen mit Rechtspopulisten?	13
1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage	13
1.2 Relevanzbegründung und Kontextualisierung	14
1.3 Forschungsstand	17
1.4 Aufbau der Studie und Ausblick	21
2 Theorie: Handlungsoptionen gegenüber rechtspopulistischen Parteien	25
2.1 Grenzen bisheriger Typologien	25
2.2 Umgang statt Strategie	30
2.3 Rechtspopulismus vs. Rechtsextremismus	34
2.3.1 Funktionslogik (rechts-)populistischer Parteien	34
2.3.2 Ist die AfD rechtspopulistisch?	40
2.4 Typologie parlamentarischer Handlungsoptionen	43
2.4.1 Formale Handlungsoptionen	45
2.4.2 Inhaltliche Handlungsoptionen	50
2.5 Erklärungsfaktoren für Parteienverhalten	55
2.5.1 Inhaltliche Ausrichtung	56
2.5.2 Parlamentarische Konstellation	65
2.5.3 Föderaler Aufbau der Parteien	73
2.5.4 Erfahrungen mit Herausfordererparteien	83
2.6 Übersicht: Theoretische Annahmen	92

3	Methodik	97
3.1	Methodenmix und Materialbasis	97
3.2	Fallauswahl	100
3.2.1	Inhaltliche Ausrichtung der AfD	103
3.2.2	Parlamentarische Konstellation	118
3.2.3	Institutionelle und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen	130
3.3	Planung bis Auswertung der Interviews	138
3.4	Untersuchungszeitraum	142
3.5	Grenzen des Forschungsvorgehens	143
4	Analyse: Umgang mit der AfD in den Landesparlamenten	149
4.1	Handlungsmuster	149
4.1.1	Umgang auf der formalen Ebene	150
4.1.2	Umgang auf der inhaltlichen Ebene	168
4.1.3	Übersicht: Handlungsmuster im Zeitverlauf	189
4.2	Erklärungsfaktoren	194
4.2.1	Inhaltliche Ausrichtung	195
4.2.2	Parlamentarische Konstellation	217
4.2.3	Föderaler Aufbau der Parteien	223
4.2.4	Erfahrungen mit Herausfordererparteien	228
4.2.5	Übersicht: Erklärungsfaktoren	232
4.3	Grenzen parlamentarischer Handlungsoptionen	233
5	Was aus alledem zu lernen ist	239
5.1	Handlungsmuster und Erklärungsfaktoren	239
5.2	Forschungs- und Handlungsperspektiven	248
	Literaturverzeichnis	253

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Parlamentarische Handlungsoptionen gegenüber Herausfordererparteien	44
Abbildung 2: Erklärungsfaktoren	94
Abbildung 3: Methodische Vorgehensweise	97
Abbildung 4: Handlungsmuster in Thüringen im Zeitverlauf	190
Abbildung 5: Handlungsmuster in Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf	191
Abbildung 6: Handlungsmuster in Rheinland-Pfalz im Zeitverlauf	192
Abbildung 7: Handlungsmuster in Baden-Württemberg im Zeitverlauf	193

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Wahlergebnisse früherer Herausfordererparteien von 1966 bis 2011	83
Tabelle 2:	Vierfeldertabelle mit den ausgewählten Fällen	102
Tabelle 3:	Wahlergebnisse der Parteien im thüringischen Landtag seit 1990	119
Tabelle 4:	Wahlergebnisse der Parteien im sachsen-anhaltischen Landtag seit 1990	121
Tabelle 5:	Wahlergebnisse der Parteien im rheinland-pfälzischen Landtag seit 1987	123
Tabelle 6:	Wahlergebnisse der Parteien im baden-württembergischen Landtag seit 1980	126
Tabelle 7:	Parlamentarische Initiativen (mit) der AfD	162
Tabelle 8:	Abstimmungsverhalten zu AfD-Initiativen	163
Tabelle 9:	Ausschussüberweisungen von AfD-Initiativen	167
Tabelle 10:	Anzahl der Redner zu AfD-Initiativen	176
Tabelle 11:	(Alternativ-/Änderungs-)Anträge zu AfD-Initiativen	183
Tabelle 12:	Überprüfte Erklärungsfaktoren	232

Abkürzungsverzeichnis

ABW	<i>Alternative für Baden-Württemberg</i>
AfD	<i>Alternative für Deutschland</i>
BB	<i>Brandenburg</i>
BE	<i>Berlin</i>
BW	<i>Baden-Württemberg</i>
BY	<i>Bayern</i>
CDU	<i>Christlich Demokratische Union Deutschlands</i>
CSU	<i>Christlich-Soziale Union in Bayern</i>
Drs.	<i>Drucksache</i>
DVP	<i>Demokratische Volkspartei</i>
DVU	<i>Deutsche Volksunion</i>
ENF	<i>Europa der Nationen und der Freiheit</i>
FDP	<i>Freie Demokratische Partei</i>
FPÖ	<i>Freiheitliche Partei Österreichs</i>
GO	<i>Geschäftsordnung</i>
Grüne	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>
HB	<i>Bremen</i>
HE	<i>Hessen</i>
HH	<i>Hamburg</i>
IV	<i>Interview</i>
Linke	<i>Die Linke</i>
LPF	<i>Lijst Pim Fortuyn</i>
MDSD	<i>Most Different Systems Design</i>
MSSD	<i>Most Similar Systems Design</i>
MV	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>
NI	<i>Niedersachsen</i>
NPD	<i>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</i>
NSDAP	<i>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei</i>
ÖDP	<i>Ökologisch-Demokratische Partei</i>
Pegida	<i>Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes</i>

Abkürzungsverzeichnis

PGF	<i>Parlamentarischer Geschäftsführer</i>
PIPr	<i>Plenarprotokoll</i>
PVV	<i>Partij voor de Vrijheid</i>
REP	<i>Die Republikaner</i>
RP	<i>Rheinland-Pfalz</i>
Schill	<i>Partei Rechtsstaatlicher Offensive</i>
SED	<i>Sozialistische Einheitspartei Deutschlands</i>
SH	<i>Schleswig-Holstein</i>
SN	<i>Sachsen</i>
SPD	<i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</i>
ST	<i>Sachsen-Anhalt</i>
SVP	<i>Schweizerische Volkspartei</i>
TH	<i>Thüringen</i>

1 Wie umgehen mit Rechtspopulisten?

1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage

Wie mit rechtspopulistischen Parteien umgegangen werden sollte und wird, ist immer wieder Gegenstand heftiger Diskussionen. Während sich jene Akteure gerne als die „wahre Stimme“ des Volkes inszenieren, wird ihr Verhältnis zur liberalen Demokratie in der öffentlichen sowie akademischen Debatte immer wieder in Frage gestellt. Das gilt sowohl für Parteien, die bereits auf eine lange Parteigeschichte zurückblicken – etwa die FPÖ, den Front National oder die skandinavischen Fortschrittsparteien – als auch für neuere Herausfordererparteien wie die 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD). Mittlerweile sind rechtspopulistische Parteien in fast allen europäischen Ländern parlamentarisch vertreten. Auch die AfD zog in kürzester Zeit in alle Landesparlamente, den Bundestag und das Europäische Parlament ein. Gegenwärtig gibt es wenig Grund zur Annahme, dass jene Parteien so schnell – und vor allem von alleine – wieder aus den Parteiensystemen verschwinden werden. Welchen Einfluss sie jedoch auf verschiedene Ebenen des politischen Systems nehmen, hängt auch vom Verhalten der etablierten Parteien ab. So können sie die Rechtspopulisten¹ zum Beispiel strikt ausgrenzen (wie lange Zeit in Schweden geschehen) oder sie an der Regierung beteiligen (s. etwa Österreich, Italien oder Polen). Welche Umgangsweise nun die „beste“ ist – auf diese empirische wie auch normative Frage wurde bislang weder in der politischen Praxis noch in der Politikwissenschaft eine zufriedenstellende Antwort (oder gar „Zauberformel“) gefunden.

In Deutschland mussten sich die etablierten Parteien zunächst auf Landesebene mit der AfD auseinandersetzen, da sie dort ihre ersten parlamentarischen Vertretungen erlangte, bevor sie 2017 in den Bundestag einzog. Die vorliegende Studie widmet sich daher der empirischen Forschungsfrage, wie die Parteien in den Landtagen mit dem neuen Herausforderer umgegangen sind und welche Ursachen dem zugrunde liegen. Dazu gehört etwa die Frage, wie konsequent die Parteien in verschiedenen Teilbereichen

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Studie das generische Maskulin verwendet. Damit sind stets alle Geschlechteridentitäten gemeint, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes hervorgehoben wird.

1 Wie umgehen mit Rechtspopulisten?

des Parlamentsalltags auf die AfD reagiert haben und wie sich die Verhaltensweisen im Laufe der Zeit verändert haben. Wurden beispielsweise immer alle AfD-Kandidaten in parlamentarische Ämter gewählt und AfD-Anträge geschlossen abgelehnt, oder gab es Ausnahmen? Dazu werden die gefundenen Handlungsmuster in ihrer Tiefe untersucht. Kam es beim Umgang mit der AfD zu Absprachen zwischen den etablierten Fraktionen? Wie bewusst entschieden sich die Akteure für bestimmte Umgangsweisen und wie rechtfertigen sie ihr Verhalten im Nachhinein? Welchen Einfluss hatte dabei die von ihnen wahrgenommene inhaltliche Ausrichtung der AfD in ihrem Bundesland? Wie stark war das Verhalten der etablierten Parteien von ihrer machtpolitischen Stellung im Parlament abhängig und wie sehr wurde es von ihrer Bundespartei geprägt? Konnten die Parteien von Erfahrungen profitieren, die sie selbst mit früheren Herausfordererparteien gesammelt oder beobachtet haben?

1.2 Relevanzbegründung und Kontextualisierung

Die Beantwortung dieser Fragen liefert wichtige Erkenntnisse für die politische Praxis und den wissenschaftlichen Diskurs. Zunächst ist der „richtige“ Umgang mit rechtspopulistischen Herausforderern für die etablierten Parteien von enormer parteistategischer Bedeutung: In Deutschland verliert vor allem die CDU viele Wähler an die AfD, doch auch die SPD in West- und Die Linke in Ostdeutschland verzeichnen Stimmenverluste an sie (vgl. Träger 2018: 5). Die parlamentarische Mehrheitsbildung entlang der tradierten Lagerzugehörigkeiten wird durch die Wahlerfolge der AfD vielerorts erheblich erschwert. Oftmals genügen die Stimmengewinne der CDU und SPD nicht einmal mehr zur Bildung einer Großen Koalition. Auch andere blockübergreifende Koalitionsbündnisse sind – solange die etablierten Parteien die AfD ausgrenzen – nur begrenzt möglich. So war nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016 mit der „Kenia“-Koalition aus CDU, SPD und Grünen nur ein einziges, bis dahin kaum vorstellbares Regierungsbündnis rechnerisch wie auch politisch möglich (d.h. ohne AfD und Linke). Auch nach der Bundestagswahl 2017 entschieden sich die Parteien notgedrungen für die Fortführung einer Großen Koalition, nachdem die Sondierungsgespräche für „Jamaika“ (CDU/CSU, FDP, Grüne) gescheitert waren (vgl. Jesse 2018: 168; Oppelland 2018b: 54f.).

Die Etablierung rechtspopulistischer Parteien ist jedoch nicht nur Ursache, sondern auch Symptom eines tiefgreifenden Wandels des Parteienwettbewerbs. Seit den Achtzigerjahren verändert sich dieser in Westeuropa

in vielerlei Hinsicht: Die Volks- bzw. Mitgliederparteien verlieren an Vertrauen, Mitgliedern und Wählern; traditionelle Bindungen von Individuen sowohl an fest umrissene gesellschaftliche Milieus als auch an politische Parteien erodieren; die Anzahl an Wechselwählern steigt (vgl. Mair/van Biezen 2001; Mair 2013: 20-42; Poguntke 2014: 957ff.; Wiesendahl et al. 2018: 307f.). Durch die zunehmende Professionalisierung der Parteien und ihre Orientierung hin zur politischen Mitte entsteht bei einem Teil der Wählerschaft der Eindruck, zwischen den Parteien bestünden keine signifikanten Unterschiede und alle gehörten zu einer geschlossenen politischen Klasse, die nur an ihrem eigenen Wohl und Machterhalt auf Kosten des „kleinen Mannes“ interessiert sei (vgl. Kitschelt 1995: 17; Mair et al. 1999: 393; Geden 2007: 15). Das Misstrauen in die politischen Parteien und die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie spiegeln sich regelmäßig in verschiedenen Bevölkerungsumfragen wider (für Deutschland vgl. Bertelsmann Stiftung 2019; Europäische Kommission 2019).

Diese Stimmungen wurden in vielen europäischen Ländern von rechtspopulistischen Parteien aufgegriffen. Jene beanspruchen für sich, die Interessen des vermeintlich homogenen „Volkes“ zu kennen und gegen die Interessen des korrupten „Establishments“ zu vertreten (vgl. Rydgren 2005; Decker 2006; Mudde 2007; van Kessel 2015). Auch die AfD stellte sich im Zuge der „Flüchtlingskrise“ als einzige wahre Opposition gegen einen großen überparteilichen Konsens für Merkels Flüchtlingspolitik dar und profitierte von der so entstandenen politischen Repräsentationslücke (vgl. Patzelt 2015, 2017; Oppelland 2018b). Sie konnte die Unzufriedenheit vieler Bürger mit den politischen Parteien für ihre Mobilisierung nutzen, sich von den „Altparteien“ distanzieren und sich selbst als die „wahren Demokraten“ inszenieren.

Die Frage nach dem Umgang mit jenen Herausfordererparteien ist jedoch nicht nur für die etablierten Parteien selbst von Relevanz, sondern auch mit Blick auf die Demokratie. Im akademischen Diskurs wurde dabei schon früh die Frage aufgeworfen, ob Populismus nicht nur als Gefahr, sondern auch als Korrektiv fungieren kann (vgl. Canovan 1999; Taggart 2000; Akkerman 2003; Decker 2006; Abts/Rummens 2007; Hartleb 2012; van Kessel 2015; Mudde/Rovira Kaltwasser 2017). Die positiven Effekte beziehen sich vor allem auf die Vorwürfe, die politischen Parteien würden nicht mehr allen Funktionen, die sie in repräsentativen Demokratien erfüllen müssen, in ausreichendem Maße nachkommen, vor allem der Aggregation und Repräsentation gesellschaftlicher Interessen (vgl. Mair 2013: 94-97; Giebler et al. 2015: 183). Das Erstarken des Populismus kann somit

zur Offenlegung von Repräsentationsdefiziten, zur verbesserten Integration gesellschaftlicher Gruppen in das politische System und zur Verstärkung des politischen Wettbewerbs beitragen (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2013b: 21; 2017: 83; Decker 2018: 366). Dadurch erhalten solche Gruppen eine Stimme, die sich nicht von den Eliten repräsentiert fühlen, und zwingen letztere zur Anpassung der politischen Agenda an die Bedürfnisse dieser Gruppen (vgl. Akkerman 2003: 154f.; Rovira Kaltwasser 2012: 199f.).

Unter den negativen Effekten des Populismus fällt der Missbrauch des Mehrheitsprinzips für eine Aushöhlung der Minderheiten- und Grundrechte. So stellen jene Parteien häufig konstitutionelle *checks and balances* in Frage, indem sie propagieren, alle legislative Macht gehe vom Volk aus und müsse daher nicht geteilt werden (vgl. Akkerman 2003: 155; Mudde/Rovira Kaltwasser 2017: 83). Durch die beschleunigt stattfindende Pluralisierung und Polarisierung der Parteiensysteme erschwert der Populismus die Bildung stabiler Koalitionsregierungen und die Kompromissfindung (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2013b: 21; Decker 2018: 366). Zudem tragen Populisten zur Moralisierung und Banalisierung des politischen Diskurses bei, denn das Erarbeiten komplexer Lösungen für politische Probleme ist ihnen ebenso fremd wie das Ringen um die sachlich beste Lösung (vgl. Taggart 2002: 76f.; Decker 2018: 366). Ferner kann populistische Politik ganze gesellschaftliche Gruppen ausschließen (vgl. Taggart 2002: 77). Dies ist auch bei spezifisch rechtspopulistischen Parteien der Fall, die Populismus mit nativistischen und autoritären Positionen kombinieren (vgl. Mudde 2007).

Es gibt folglich verschiedene Gründe, über den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien nachzudenken: Zum einen werden die etablierten Parteien daran interessiert sein, die Ursachen für deren Wahlerfolge zu analysieren und ihnen entgegenzuwirken, um ihre eigenen Zustimmungswerte und Machtoptionen zu maximieren. Zum anderen ist die Frage auch demokratietheoretisch von Bedeutung: Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Wandlungsprozesse des Parteienwettbewerbs stellt sich vor allem die Frage, ob Populismus die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen stärken kann oder vielmehr die normativen Grundlagen des politischen Systems untergräbt (z.B. Pluralismus, Minderheitenrechte). Die vorliegende Studie nimmt eine empirische Stoßrichtung ein und legt den Fokus auf die Rekonstruktion und Erklärung parteispezifischer Handlungsmuster, weniger auf deren normative Implikationen. Damit liefert sie wichtige Erkenntnisse für die politische Praxis und trägt auch zur Schließung einer Forschungslücke bei, wie nachstehend gezeigt wird.

1.3 Forschungsstand

Obwohl die Populismusforschung seit Ende der Neunzigerjahre einen regelrechten Boom erfahren hat, existiert bislang keine logisch konsistente Klassifizierung, die formale und inhaltliche Handlungsoptionen gegenüber rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten kombiniert. Generell wird vergleichsweise wenig zum parlamentarischen Umgang mit jenen Herausfordererparteien geforscht. Stattdessen kreist die Mehrzahl der Arbeiten um die Frage, was genau unter Rechtspopulismus zu verstehen ist und wie die Wahlerfolge dieser Parteien erklärt werden können (vgl. Kitschelt 1995; Decker 2000a; Taggart 2000; Mudde 2004, 2007; Pirro 2015; van Kessel 2015; Manow 2018). Auch der akademische Diskurs zur AfD fokussierte sich lange auf die Erforschung der Ursachen für ihre Mobilisierungserfolge, ihrer inhaltlich-personellen Entwicklung und ideologischen Verortung (vgl. Häusler 2013; Franzmann 2014; Arzheimer 2015; Bebnowski 2015; Berbuir et al. 2015; Ceyhan 2016; Jankowski et al. 2016; Rosenfelder 2017).

Nur zögerlich widmet sich die Politikwissenschaft der Frage, welchen Einfluss die neuen Parteien auf das Parteiensystem, das Regierungshandeln und schließlich das gesamte politische System haben. Dabei wurde bereits empirisch nachgewiesen, dass eine rechtspopulistische Partei nicht zwangsläufig politische Ämter besetzen oder parlamentarisch vertreten sein muss, um politischen Einfluss ausüben zu können. Ausschlaggebend ist vielmehr das Verhalten der etablierten Parteien, etwa wie sie über bestimmte Themen sprechen oder der neuen Partei die Protestgründe entziehen (vgl. Decker 2000a; Minkenberg 2001; Meguid 2005; Art 2007; Mudde 2007). Zudem spielt auch der Zeitpunkt der Implementierung bestimmter Umgangsweisen eine zentrale Rolle (vgl. Minkenberg 1998; Rovira Kaltwasser/Taggart 2016). Diese können an Effektivität verlieren, wenn eine Herausfordererpartei bereits eine stabile Organisation und Wählerschaft aufgebaut oder eine Themenherrschaft innehat (vgl. Meguid 2005; Saveljeff 2011). Ist sie bereits im Parteiensystem etabliert, kann der Versuch ihrer „Bekämpfung“ kontraproduktiv sein (vgl. Art 2007: 332).

Obwohl bereits einige Studien zum spezifischen Verhalten etablierter Parteien gegenüber einzelnen Herausfordererparteien existieren, fehlt bislang eine Typologie, die die idealtypischen Handlungsoptionen etablierter Parteien gegenüber rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten herausstellt. Die vorliegende Untersuchung möchte diese Forschungslücke schließen und dabei an bestehenden Ansätze anknüpfen. So wurde schon vielfach zur Frage geforscht, wie etablierte Parteien angesichts des neuen Her-

ausforderers inhaltlich „nach rechts“ rücken, zum Beispiel im Bereich Migration (vgl. Harmel/Svåsand 1997; Rydgren 2003; Schain 2006; van Spanje 2010; Han 2015; Schumacher/van Kersbergen 2016). Das Gleiche gilt für den Einfluss neuer Parteien durch ihre parlamentarische Vertretung oder Regierungsbeteiligung (vgl. Minkenberg 2001; Heinisch 2003; Art 2007; Bale 2007; van Spanje/van der Brug 2007; Akkerman/de Lange 2012; Fallend/Heinisch 2015; Heinze 2018). Bislang wurden die Handlungsoptionen auf der formalen und inhaltlichen Ebene nicht zusammengeführt und auf die parlamentarische Ebene und rechtspopulistische Herausfordererparteien bezogen. Beides kann die zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen und ihre Effektivität jedoch maßgeblich beeinflussen. So können die etablierten Parteien eine jede parlamentarisch vertretene Partei nicht mehr völlig ignorieren, da mit der Parlamentsmitgliedschaft bestimmte Privilegien einhergehen (z.B. Rederecht, parlamentarische Ämter). Zudem lassen sich rechtspopulistische Parteien – solange sie relativ glaubhaft auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehen – tendenziell schwerer ausgrenzen als rechtsextreme. Aufgrund ihrer Anti-Establishment-Rhetorik kann ihnen ein solcher Umgang sogar zugutekommen.

Vor dem Hintergrund der bisher fehlenden Idealtypologie überrascht es wenig, dass auch der parlamentarische Umgang der etablierten Parteien mit der AfD noch nicht systematisch untersucht wurde. Zudem handelt es sich um einen relativ jungen Untersuchungsgegenstand. Nachdem die AfD nach und nach in immer mehr Landtage einzog, befassten sich einige Studien mit ihren parlamentarischen Aktivitäten (vgl. Schickert 2017; Schroeder et al. 2017, 2018; Hafenecker et al. 2018). Diese beleuchteten die parlamentarischen Initiativen und Akteure der AfD-Fraktionen zwar relativ ausführlich, untersuchen den Umgang der etablierten Parteien mit der AfD jedoch nur oberflächlich und ohne Verwendung eines analyseleitenden Theorierahmens. Zudem versuchen sie nicht, die Varianz der Reaktionsweisen umfassend zu erklären. Ähnliches gilt für spätere Arbeiten zur AfD im Bundestag (vgl. Rensmann 2018; Ruhose 2019).

In der Parteienforschung existieren bereits verschiedene Erklärungsansätze zum Parteienverhalten – auch gegenüber neuen Herausfordererparteien – und dessen Kontextfaktoren, doch stehen diese oft lose neben- oder gar konkurrierend zueinander. In der vorliegenden Studie werden sie zusammengeführt und auf ihre Erklärungskraft im Fall der AfD geprüft. Dabei wird davon ausgegangen, dass Parteien tendenziell rational handeln und an der Maximierung ihrer Stimmen, Ämter und Politikziele interessiert sind (vgl. Downs 1957; Strøm 1990; Meguid 2005). Sie werden sich daher tendenziell solchen inhaltlichen Positionen einer Partei anpassen,

mit denen diese Stimmen gewonnen hat. Bevor eine etablierte Partei jedoch überhaupt auf eine neue Partei reagiert, muss sie diese als elektorale oder demokratische Bedrohung wahrnehmen (vgl. Harmel/Janda 1994; Downs 2001; Minkenberg 2001; Meguid 2005; Bale et al. 2010). Elektoral stellen rechtspopulistische Parteien vor allem für konservative Parteien eine Gefahr dar, da sie – auch aufgrund der inhaltlichen Schnittmengen – für gewöhnlich die meisten Wählerstimmen an sie verlieren. Auch in Deutschland setzen die Wahlerfolge der AfD die CDU diesbezüglich am stärksten unter Druck, wenngleich die AfD auch Wähler der SPD und in den neuen Bundesländern der Linken mobilisiert (vgl. Wagschal/König 2014; Linhart 2017; Träger 2018). Darüber hinaus steht die CDU aufgrund der eigenen inhaltlichen Ausrichtung am ehesten vor der Frage nach einer möglichen Zusammenarbeit mit dem neuen Herausforderer im rechten Parteienspektrum. So koalieren Parteien für gewöhnlich nicht nur mit möglichst wenigen, sondern auch inhaltlich ähnlichen Parteien, um ihre Regierungämter sowie die Durchsetzung ihrer *policies* zu maximieren (vgl. Gamson 1961; Riker 1962; Leiserson 1966; Axelrod 1970; de Swaan 1973). Bei der Wahrnehmung einer Partei als demokratische Gefahr spielt die eigene inhaltliche Ausrichtung hingegen eine untergeordnete Rolle (vgl. Downs 2001: 29). Stattdessen können sich die Parteien dann zum Handeln veranlasst fühlen, wenn die Herausfordererpartei freiheitlich-demokratische Grundprinzipien mindestens in Teilen ihres Handelns verletzt, etwa, indem sie rassistisch argumentiert. Folglich werden die etablierten Parteien die AfD umso stärker (ggf. auch überparteilich) ausgrenzen, desto radikaler diese auftritt.

Zudem wird das Verhalten der Parteien von institutionellen und politisch-kulturellen Faktoren beeinflusst. Zu diesen gehört die Rolle, die sie in Parlamenten und Regierungen einnehmen (vgl. Katz/Mair 1993). In parlamentarischen Regierungssystemen variieren die Funktionen zwischen den Fraktionen der regierungstragenden Mehrheit und denen der Opposition (vgl. Schüttemeyer 1998; Helms 2002). In Deutschland verfügen die Regierungsfractionen traditionell über eine parlamentarische Mehrheit, sodass für sie kaum Anreize für eine Zusammenarbeit mit einer Oppositionsfraction bestehen (vgl. van Spanje 2010; Saveljeff 2011). Folglich wird ihnen die Abgrenzung von der AfD tendenziell leichter fallen als den Oppositionsfractionen, deren parlamentarische Aktivitäten sich häufiger mit denen der AfD treffen werden (z.B. funktional gemeinsames Abstimmen gegen Regierungsiniciativen). Generell beeinflussen die Reaktionen der jeweils anderen Parteien den Umgang einer etablierten Partei mit einer Herausfordererpartei (vgl. Downs 2001; Bale et al. 2010). Besonders schwierig

ist das koordinierte Verhalten in lagerübergreifenden Koalitionen, etwa zwischen CDU und Grünen. Darüber hinaus werden die Interessen der Parteien auch danach variieren, welches politische Gewicht sie selbst besitzen und welche Machtoptionen für sie bestehen. Schließlich wird die Ausgrenzung der AfD umso schwieriger sein, je mehr Mandate sie errungen hat.

Weiterhin prägt auch der föderale Staatsaufbau das Verhalten der Parteien. In Deutschland sind die Bundes- und Landesparteien organisatorisch, personell und programmatisch eng miteinander verwoben (vgl. Riker 1964; Detterbeck 2010a; Sturm 2013). Diese Abhängigkeiten können *top-down* und *bottom-up* wirken. Einerseits werden Grundsatzentscheidungen und Richtlinien, wie für den Umgang mit neuen Parteien, meist auf den höheren Parteiebenen entschieden und dann „nach unten“ durchgesetzt (vgl. Detterbeck 2010a: 210f.; Rudzio 2015: 149). Andererseits emanzipierten sich die Landesparteien seit den Neunzigerjahren zunehmend von ihren jeweiligen Bundesparteien und trotzten immer häufiger deren Koalitionswünschen. Zum Beispiel ließ sich die SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt von 1994 bis 2002 von der PDS tolerieren (vgl. Sturm 2010: 163ff.). Die Länder gelten folglich als „Versuchslabore“ für neue Koalitionsmodelle auf Bundesebene (vgl. Decker 2009: 437f.; Buzogány/Kropp 2013: 270f.). Folglich ist zu erwarten, dass der Umgang der etablierten Parteien mit der AfD in den Landtagen von den Grundsatzentscheidungen ihrer jeweiligen Bundespartei abhängig ist, sie jedoch zum Teil von diesen abweichen können. Bewähren sich die auf Landesebene erprobten Umgangsweisen, besteht die Chance auf Übertragung auf die Bundesebene.

Schließlich konnten die etablierten Parteien auf der Landesebene bereits unterschiedliche Erfahrungen mit anderen – rechten wie linken – Herausfordererparteien sammeln, die ihren Umgang mit der AfD ebenfalls prägen können. So grenzten die etablierten Parteien auch Bündnis 90/Die Grünen und die PDS bzw. Die Linke in ihrer Anfangsphase aus und attackierten sie teils scharf. Erst mit der Zeit entspannte sich das Verhältnis. Das gilt vor allem für die SPD, die seit den Neunzigerjahren immer häufiger Koalitionen mit einer der beiden Parteien einging. Dagegen ist das Verhältnis der CDU zu ihnen bis heute angespannter, wenngleich sie auf Landesebene bereits mit den Grünen koalitiert. Rechtspopulistische und rechtsextreme Herausfordererparteien waren bislang immer nur kurzzeitig und relativ schwach in einzelnen Landesparlamenten vertreten, etwa die NPD, DVU, Republikaner und die Schill-Partei. Während die etablierten Parteien nur letztere kurzzeitig in Regierungsverantwortung einluden,

grenzten sie die jeweils anderen konsequent aus. Im Rahmen des „Schweriner Wegs“ lehnten sie zum Beispiel alle Anträge der NPD geschlossen ab und schickten immer nur einen Abgeordneten zur Stellungnahme ans Rednerpult. Anzunehmen ist, dass die etablierten Parteien gegenüber der AfD versuchen, an die von ihnen als erfolgreich eingeschätzten Handlungsweisen gegenüber früheren Herausforderern anzuknüpfen und Fehler nicht zu wiederholen.

1.4 Aufbau der Studie und Ausblick

Ziel der Studie ist es, in theoretischer sowie empirischer Hinsicht einen Beitrag zur Schließung einer Forschungslücke zu leisten, indem der parlamentarische Umgang mit der AfD systematisch rekonstruiert und auf seine Ursachen geprüft wird. Um möglichst valide Ergebnisse zu erzielen, fußt das Forschungsdesign auf einer Kombination aus Medien- und Parlamentsdokumentenanalyse sowie der Auswertung von 16 leitfadengestützten Interviews mit Abgeordneten der etablierten Parteien. Die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgt in zwei Schritten: Zuerst werden die theoretischen und methodischen Grundlagen für die Analyse gelegt und sodann die empirischen Handlungsmuster und Erklärungsfaktoren strukturiert herausgearbeitet. Im Einzelnen ist die Studie wie folgt aufgebaut:

In Kapitel 2 wird eine Typologie parlamentarischer Handlungsoptionen etablierter Parteien gegenüber rechtspopulistischen Herausfordererparteien wie auch Erklärungsfaktoren für ihren spezifischen Umgang herausgearbeitet. Dabei werden die Grenzen bisheriger Typologien dargestellt (Kap. 2.1) und gezeigt, was den voraussetzungsvollen Begriff der Strategie von der Logik von Versuch und Irrtum unterscheidet (Kap. 2.2). Anschließend wird die Frage beantwortet, was rechtspopulistische Parteien von anderen (z.B. linkspopulistischen) unterscheidet (Kap. 2.3.1) und ob die AfD als eine solche bezeichnet werden kann (Kap. 2.3.2). Unter Berücksichtigung dieser Faktoren wird eine Typologie aus verschiedenen parlamentarischen Handlungsoptionen etablierter Parteien gegenüber neuen Parteien entwickelt. Auf der formalen Ebene (Kap. 2.4.1) stehen den Parteien unter anderem die strikte Ausgrenzung, etwa durch legale Restriktionen oder die Errichtung eines *cordon sanitaire*, und eine Zusammenarbeit auf der exekutiven oder legislativen Ebene zur Verfügung. Auf der inhaltlichen Ebene (Kap. 2.4.2) können sie die parlamentarischen Aktivitäten des neuen Herausforderers ignorieren, dämonisieren, politische Themen entschärfen, inhaltlich debattieren und einzelne Positionen übernehmen. Daraufhin wer-

den zentrale Faktoren in den Blick genommen, die das spezifische Parteienverhalten im Parlament theoretisch erklären können, und zwar die inhaltliche Ausrichtung der Parteien (Kap. 2.5.1), die parlamentarische Konstellation (Kap. 2.5.2), der föderale Aufbau der Parteien (Kap. 2.5.3) und frühere Erfahrungen mit anderen – rechten wie linken – Herausfordererparteien (Kap. 2.5.4).

Kapitel 3 macht die Methodik der Untersuchung transparent. Zunächst wird das Potenzial der Triangulation voneinander unabhängiger methodischer Vorgehensweisen und das verwendete Datenmaterial dargestellt (Kap. 3.1). Sodann wird erläutert, warum die Fallauswahl im Sommer 2016 auf die Landtage von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen fiel (Kap. 3.2). Basierend auf der Logik eines *Most Different Systems Designs* waren die Fälle in zwei zentralen Auswahlkriterien so unterschiedlich wie möglich: Zum einen trat die AfD dort unterschiedlich radikal auf (Kap. 3.2.1), zum anderen fanden sich in den gewählten Ländern sehr unterschiedliche parlamentarische Konstellationen (Kap. 3.2.2). Dennoch ähneln sich die Länder in zahlreichen institutionellen und politisch-kulturellen Aspekten, etwa in ihren Wahl- und Regierungssystemen (Kap. 3.2.3). Sodann werden Planung, Durchführung und Auswertung der leitfadengestützten Interviews dargestellt (Kap. 3.3), die auch den Untersuchungszeitraum bis zum Herbst 2018 festsetzten (Kap. 3.4). Abschließend werden die Potentiale und Grenzen des Forschungsdesigns und methodischen Vorgehens kritisch beleuchtet (Kap. 3.5).

Die gewonnenen Ergebnisse der empirischen Analyse werden in Kapitel 4 dargestellt. Die Handlungsmuster der etablierten Fraktionen werden dabei mithilfe der zuvor entwickelten Typologie auf der formalen (Kap. 4.1.1) und inhaltlichen Ebene rekonstruiert (Kap. 4.1.2). Zudem werden die gefundenen Handlungsmuster im Zeitverlauf grafisch visualisiert (Kap. 4.1.3), bevor sie systematisch auf die zuvor erarbeiteten Erklärungsfaktoren geprüft werden, das heißt auf die inhaltliche Ausrichtung der AfD (Kap. 4.2.1), die parlamentarische Konstellation (Kap. 4.2.2), den föderalen Aufbau der Parteien (Kap. 4.2.3) und die früheren Erfahrungen mit anderen Herausfordererparteien (Kap. 4.2.4). Schließlich werden die Grenzen parlamentarischer Handlungsoptionen thematisiert, wobei vor allem der Einfluss der außerparlamentarischen Arena auf die parlamentarische Arena beleuchtet wird (Kap. 4.3).

Am Ende der Studie werden die Ergebnisse zusammengefasst und systematisiert (Kap. 5.1). Nachfolgend werden Anknüpfungspunkte an zukünftige Forschungsfragen umrissen und Handlungsempfehlungen für politische Akteure gegeben (Kap. 5.2). Es wird sich zeigen, dass die wenigsten

Parteien von Anfang an klar umrissene Strategien gegenüber der AfD verfolgt haben. Vielmehr ist der Umgang mit der AfD bis heute in einem ständigen Wandel begriffen. Obwohl die etablierten Parteien teilweise schon früh eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD forderten, wurden sie diesem Anspruch in der politischen Praxis nicht immer gerecht. Zum Beispiel sprachen sie im Plenum häufig nur verkürzt zu Anträgen der AfD und lieferten sich heftige Wortgefechte. Wenngleich die etablierten Parteien zunehmend fordern, nicht „über jedes Stöckchen zu springen“, ist bis heute unklar, wie sie sich inhaltlich am besten von der AfD abgrenzen können. Auch auf der formalen Ebene ist der Umgang nach wie vor uneinheitlich. Zwar bringen die etablierten Parteien mittlerweile keine parlamentarischen Initiativen mit der AfD mehr ein, wie es in einigen Landtagen anfangs der Fall war. Dennoch stimmen sie immer wieder für einzelne Anträge und Kandidaten der AfD und grenzen diese folglich nicht strikt aus.

Entscheidend für das Verhalten der etablierten Parteien gegenüber der AfD ist die von ihnen wahrgenommene inhaltliche Ausrichtung bzw. das Verhalten der AfD im Parlament. Im Laufe der Zeit haben die etablierten Parteien verstanden, dass der AfD weniger an der konstruktiven Mitarbeit im Parlament gelegen ist, sondern vielmehr an der gezielten Provokation und medialen Inszenierung. Das ist auch an der spezifischen Nutzung parlamentarischer Instrumentarien durch die AfD-Fraktionen erkennbar. Dennoch fällt der CDU die Abgrenzung von der AfD aufgrund der inhaltlichen und elektoralen Schnittmengen am schwersten. Je radikaler die AfD auftritt, desto leichter können die etablierten Parteien sie ausgrenzen. Zudem besteht für Regierungsfractionen bereits funktionslogisch keinerlei Notwendigkeit, mit einer Oppositionsfraction zusammenzuarbeiten. Stattdessen können sie der Kritik der Opposition durch ihre Regierungsarbeit aktiv entgegenhalten. In lagerübergreifenden Koalitionsbündnissen ist das Finden einer einheitlichen Position für den Umgang mit der AfD eine besondere Herausforderung, etwa zwischen CDU und Grünen. Durch den föderalen Staatsaufbau werden die Handlungsoptionen der Parteien auf der Landesebene von den Vorgaben der Bundespartei geprägt. Jedoch sind auch in umgekehrter Richtung Abhängigkeiten nachweisbar. So agierten die Landtagsfraktionen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 als Ratgeber für ihre jeweiligen Schwesterparteien auf der Bundesebene. Bisherige Erfahrungen mit früheren rechtspopulistischen oder rechtsextremen Herausforderparteien nützen den etablierten Parteien hingegen nur bedingt, da sich die AfD personell und inhaltlich anders aufstellt und die institutionellen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen heute andere sind. Fer-

ner stoßen die parlamentarischen Handlungsoptionen an verschiedene Grenzen, zum Beispiel, wenn bestimmte Handlungsoptionen im Parlament nicht (mehr) zur Verfügung stehen oder für die außerparlamentarische Ebene wenig Relevanz haben. Zudem überschneiden sich die unterschiedlichen Arenen des politischen Wettbewerbs teilweise stark, was den einheitlichen Umgang der Parteien zusätzlich erschwert.

Die Ergebnisse der Studie sind in ähnliche Kontexte übertragbar. Es werden klare parlamentarische Handlungsmuster deutscher Parteien mit der AfD herausgearbeitet und der Theoriebestand zum parteipolitischen Handeln gegenüber neuen Herausfordererparteien in Parlamenten überprüft und erweitert. Zukünftigen Arbeiten, die die Übernahme inhaltlicher Positionen der AfD durch die etablierten Parteien untersuchen, bereitet sie eine reiche empirische Grundlage und hohe theoretische Anschlussfähigkeit.

2 Theorie: Handlungsoptionen gegenüber rechtspopulistischen Parteien

Um den Umgang der etablierten Parteien gegenüber rechtspopulistischen Herausfordererparteien analysieren und verstehen zu können, müssen zunächst die theoretisch zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen der etablierten Parteien in Parlamenten sowie ihre Ursachen genauer beleuchtet werden. Im Folgenden wird eine Typologie parlamentarischer Handlungsoptionen auf der formalen und inhaltlichen Ebene entwickelt. Sie greift einzelne Aspekte bestehender Ansätze auf, arbeitet die Handlungsoptionen sowie ihre Implikationen jedoch genauer aus. Zudem werden verschiedene Faktoren dargestellt, die das Parteienverhalten gegenüber neuen Parteien theoretisch erklären können.

2.1 Grenzen bisheriger Typologien

Wie auf rechtspopulistische Parteien reagiert werden kann und soll, ist im akademischen Diskurs umstritten. Bislang besteht keine Typologie, die die parlamentarischen Handlungsoptionen etablierter Parteien gegenüber rechtspopulistischen Herausfordererparteien in Parlamenten theoretisch fassen kann. Zwar existieren diesbezüglich bereits einige Ansätze, doch stoßen diese an verschiedene Grenzen.

Keine strikte Trennung zwischen inner- und außerparlamentarischer Ebene

Bisher existiert kein Modell, das verschiedene parlamentarische Handlungsoptionen etablierter Parteien gegenüber Herausfordererparteien in der nötigen Tiefe beschreibt. Stattdessen nehmen bestehende Klassifizierungen auf verschiedene Ebenen des politischen Wettbewerbs Bezug oder kommen ganz ohne solche Einschränkungen aus. Welche Handlungsmöglichkeiten den Parteien im Parlament zur Verfügung stehen, hängt jedoch maßgeblich von dessen Funktionsmechanismen ab. So können etablierte Parteien eine neue Partei nicht mehr vollständig ignorieren, sobald diese parlamentarische Vertretung erlangt hat und entsprechende Privilegien genießt (z.B. Frage- und Rederecht, Anspruch auf parlamentarische Ämter und Gremien). Ähnliches gilt für die prinzipielle Ausgrenzung der neuen Partei, die zur Blockade parlamentarischer Prozesse führen kann. Damit

unterscheidet sich die parlamentarische Arena deutlich von der medialen Öffentlichkeit (z.B. Teilnahme an TV-Duellen) und dem allgemeinen Parteienwettbewerb (z.B. Wahl- und Parteiprogramme; Änderung der Sperrklauseln oder Parteienfinanzierung, Parteiverbot, vgl. Ruhose 2019: 19; Heinze/Lewandowsky 2020). Aufgrund der unterschiedlichen Anreize und Beschränkungen der Arenen können dort sogar dieselben (Regierungs-)Parteien unterschiedlich miteinander interagieren (vgl. Bardi/Mair 2008: 157; Otjes 2012: 319).

In frühen Analysen wurde nur zwischen sehr wenigen Handlungsoptionen unterschieden. So differenzierte Decker (2000a: 333f.) zwischen Anpassung und Abgrenzung und bezog sich auf die Reaktionen auf der formalen Ebene (Organisation und Auftreten der Parteien) und der politikinhaltlichen Ebene (Themen und bereitgestellte Lösungen). Ähnlich unterschied Minkenberg (2001: 5) zwischen *demarcation* und *confrontation* sowie *co-optation* und *incorporation* und verwies dabei auf das Verhalten der Parteien im öffentlichen Diskurs (*agenda-setting level*) und auf der Ebene der Politikgestaltung (*policy-making level*, z.B. in Parlamenten und Regierungen). Keiner der beiden arbeitete die genannten Handlungsoptionen und ihre Implikationen genauer aus. Zugleich können diese einfachen Modelle die Komplexität der Handlungsoptionen nicht abbilden. Dennoch kommen bis heute viele Analysen nicht über diese einfache Unterteilung hinaus. So erforschen Akkerman/Rooduijn (2015: 1140) die Effekte von nicht näher spezifizierten „*inclusion and exclusion strategies*“ und auch Schroeder et al. (2017: 52) benennen lediglich die Möglichkeiten Ausgrenzung/Sanktionierung, Ignoranz und Auseinandersetzung/Abgrenzung.

Einen ersten differenzierteren Vorschlag machte Downs (2001: 26ff.), der innerhalb der beiden Pole *engage* und *disengage* weitere Handlungsoptionen identifizierte. Innerhalb der *engage*-Strategien unterschied er zwischen *co-opt policies* und *collaborate*, wobei letztere die legislative, exekutive und elektorale Arena betreffen kann. Unter *disengage*-Strategien fasste er die Möglichkeiten *ignore* und *isolate*, wobei unter letztere *legal restrictions* und *blocking coalitions* fallen. Obwohl Downs jene Handlungsoptionen relativ stark ausarbeitete (vgl. Kap. 2.4), konnte er ein zentrales Problem bisheriger Modelle nicht lösen: Durch die Zuweisung der Handlungsoptionen zu *engage* und *disengage* wird den politischen Akteuren eine Intention unterstellt, die empirisch nur schwer nachweisbar ist. So kann seine Typologie nicht abbilden, wenn eine etablierte Partei mit einer neuen Partei zusammenarbeitet oder einzelne Positionen von ihr übernimmt, um diese zu „bekämpfen“.

Auch zum Umgang der etablierten Parteien mit den inhaltlichen Forderungen der Herausfordererparteien existieren bereits erste Typologien. So unterscheidet Meguid (2005: 349) zwischen *dismissive*, *adversarial* und *accommodative strategies* und arbeitete verschiedene Szenarien heraus, wann eine etablierte Partei welche konkrete Handlungsoption einnimmt (vgl. Kap. 2.5.1). In ähnlicher Weise differenzierten Bale et al. (2010: 412ff.) zwischen *hold*, *defuse* und *adopt strategies* (vgl. Kap. 2.4.2). Wenngleich die Autoren die genannten Handlungsoptionen relativ präzise ausarbeiteten, können diese Ansätze den formalen, das heißt nicht-themenspezifischen Umgang etablierter Parteien nicht fassen.

Downs' Typologie wurde bereits vielfach aufgegriffen und ausgebaut, doch entfernten sich die Handlungsoptionen teilweise stark von der parlamentarischen Ebene. So ergänzte Saveljeff (2011: 36) die Möglichkeit *demonise* und Goodwin (2011: 23) die des *defuse*, *principle* und *engagement*. Besonders letztere bezieht sich jedoch verstärkt auf den außerparlamentarischen Bereich, geht es dabei doch um die Art der Politikgestaltung und Selbstdarstellung der Parteien gegenüber der Wählerschaft. Konkret zeigen die etablierten Parteien bei diesem Umgang aktiv und sichtbar Präsenz und bauen enge Verbindungen zu lokalen Gruppen und Foren auf (z.B. *face-to-face*-Kontakte, *grassroots campaigning*; vgl. ebd.: 26). In Deutschland ist diesbezüglich häufig die Forderung nach einer stärkeren Aufnahme der „Ängste und Sorgen“ der Bürger zu vernehmen. Auf ähnliche Weise begreifen andere Ansätze „gute Politik“ als eine Handlungsoption zur Eindämmung des Populismus (vgl. Fislage et al. 2018: 11). Dabei sollen die etablierten Parteien – vor allem diejenigen in Regierungsverantwortung – die Mehrheit der Bevölkerung durch ihre erbrachten Leistungen überzeugen und bei sich halten (vgl. ebd.). Durch die Lösung realer politischer Probleme und gute politische Führung nehmen sie populistischen Parteien das Protestpotenzial. Die etablierten Parteien können vor diesem Hintergrund zum Beispiel die bestehenden Integrations-, Sozial- und Sicherheitsgesetze verändern (vgl. Grabow/Hartleb 2013: 42).

Schließlich werden im wissenschaftlichen Diskurs immer wieder Handlungsoptionen benannt, die sehr weit von der parlamentarischen Arena entfernt sind. Dazu gehört die Forderung nach einer verstärkten Interaktion zwischen verschiedenen ethnischen und kulturellen Gruppen, um Toleranz zu fördern und Vorurteile abzubauen (z.B. Projektförderung in Kommunen; vgl. Goodwin 2011: 27). In eine ähnliche Richtung gehen auch Wünsche nach mehr politischen Beteiligungsformen (vgl. Schellenberg 2011: 324) und einer besseren politischen Bildung (im Sinne einer „Demokratie-Bildung“ und stärkeren Medienkompetenzvermittlung; vgl.

Hartleb 2011: 68). Ziel dieser Maßnahmen ist es, das Mobilisierungspotenzial populistischer Akteure dauerhaft zu beschränken.

Vermischung verschiedener Arten von Parteien

Zudem wird in der bestehenden Literatur zu den Handlungsoptionen etablierter Parteien nicht systematisch unterschieden, auf welche Art von Herausfordererparteien sich diese beziehen. Das ist jedoch keineswegs trivial, da die unterschiedlichen Handlungslogiken dieser Parteien die Handlungsoptionen der etablierten Parteien beeinflussen. Das gilt insbesondere für die Unterscheidung zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, wie in Kap. 2.3 genauer beleuchtet wird.

In bisherigen Analysen wird nicht strikt zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Herausfordererparteien unterschieden. So spricht Downs (2001, 2012) abwechselnd von *extremist parties*, *radical right wing parties* oder eher allgemein von „*pariahs*“. Dabei ist er explizit nicht an einer Debatte um die genauen definitorischen Unterscheidungen interessiert (vgl. Downs 2001: 24; 2012: 13). Unter *pariah* versteht Downs (2012: 14) „*someone or some group that is an outcast, despised and avoided by the majority*“; im Konkreten sei „*the pariah party ostensibly an untouchable, beyond the pale of political acceptability*“. Folglich könne der *pariah*-Begriff mit verschiedenen „Anti“-Parteien einhergehen (z.B. Anti-Immigration, Anti-Establishment, Anti-EU, antisemitisch) und mit linken sowie rechten Ausprägungen. Verschiedene Autoren nutzten den *pariah*-Begriff bereits in ihren Studien und bezogen ihn zum Beispiel auf rechtsradikale Herausfordererparteien (vgl. Minkenberg 2001, 2013; Akkerman/Rooduijn 2015) oder auf Anti-Immigrationsparteien (vgl. van Spanje/van der Brug 2007; van Spanje/de Graaf 2018).

Zudem beziehen bisherige Analysen die Funktionslogik populistischer Parteien maximal unsystematisch ein. So verwendet Bale (2003, 2007) in seinen frühen Arbeiten die Begriffe *far right* bzw. *extremist parties* und schwenkt später auf *populist radical right* um (vgl. Bale et al. 2010). Auch Art (2007) spricht abwechselnd und ohne erkennbare Logik von *right-wing populist parties*, *far-right parties* und *radical right*. Dagegen nutzt Han (2015) den Begriff des Populismus gar nicht und widmet sich nur *radical right-wing parties*. Im Gegensatz dazu verzichten andere Autoren auf ein ideologisches Attribut und betrachten ausschließlich den Umgang mit populistischen Parteien (vgl. Decker 2000a: 333-336; Rooduijn et al. 2014; Rovira Kaltwasser/Taggart 2016).

Einige bestehende Arbeiten differenzieren weder zwischen populistischen und nicht-populistischen noch zwischen verschiedenen ideologisch

geprägten Parteien. So bezieht sich Meguid (2005, 2008) allgemein auf „*niche parties*“. Diese lehnen die traditionelle Klassenorientierung von Politik entlang ökonomischer Forderungen ab und politisieren stattdessen Themen, die für den Parteienwettbewerb vorher nicht relevant waren, etwa Umwelt oder Immigration (vgl. Meguid 2005: 247f.). Meist sind diese Themen nicht nur neu, sondern überschneiden sich auch nicht mit den bestehenden Konfliktlinien der parteipolitischen Rechts-Links-Teilung. Zudem positionieren sich Nischenparteien nur zu ausgewählten Themen. In ihrer Analyse fokussiert sich Meguid auf *radical right*, *green* und *ethnoterritorial parties*. Ähnlich unterscheiden de Vries/Hobolt (2012: 251) generell zwischen *challenger parties* (Herausfordererparteien) und *mainstream parties* (etablierten Parteien), wobei nur letztere über Regierungserfahrung verfügen. Unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der Partei handelt es sich folglich dann nicht mehr um eine Herausfordererpartei, sobald diese erstmals in die Regierung eintritt. Dies geht ebenfalls an der Funktionslogik populistischer Parteien vorbei, die sich teilweise auch in der Regierung als Anti-Establishment-Kraft darstellen (vgl. Kap. 2.3.1).

Unreflektierter Strategiebegriff

Schließlich unterscheiden bisherige Typologien entweder nicht trennscharf zwischen Strategien und anderen, auch intuitiven Handlungen oder sie verwenden den Strategiebegriff gänzlich unreflektiert. Zum Beispiel spricht Downs (2001: 23, 26) ohne erkennbare Systematik in ein und demselben Artikel von *reactions*, *responses* und *strategies*. Auch Bale et al. (2010) beziehen sich abwechselnd auf *strategies* und *strategic responses*. Insbesondere im englischsprachigen Diskurs ist meist von *strategies* die Rede (vgl. Meguid 2005, 2008; Goodwin 2011; Saveljeff 2011). Auch im deutschen Diskurs findet sich immer wieder der Terminus der „Gegenstrategien“ (vgl. Geden 2007; Hartleb 2011; Schellenberg 2011; Decker/Lewandowsky 2017). Diese Begriffsverwirrung ist jedoch analytisch wenig zielführend, da es sich bei der Strategie um einen sehr voraussetzungsvollen Begriff handelt, wie in Kap. 2.2 genauer ausgeführt wird. Zudem muss dem Umgang auf der parlamentarischen Ebene nicht immer die Intention einer „Bekämpfung“ des politischen Gegners zugrunde liegen, wie es der Begriff der Gegenstrategie nahelegt.

Um die benannten Defizite bisheriger Klassifizierungen auszubessern, wird im Folgenden eine eigene Typologie parlamentarischer Handlungsoptionen etablierter Parteien entwickelt, die sich auf den Umgang mit rechtspopulistischen Herausfordererparteien bezieht und diesen nicht zwangsläufig als Strategie begreift.

2.2 Umgang statt Strategie

Obwohl viele, vor allem englischsprachige Arbeiten von Strategien sprechen, ist dieser Begriff bei der Analyse des parlamentarischen Umgangs etablierter Parteien mit neuen Herausfordererparteien nicht geeignet, da es sich bei der Strategie um ein sehr voraussetzungsvolles Konzept handelt. Um diese Diskurse zu verstehen, müssen die Begriffe der Strategie, der Taktik und des *muddling through* voneinander abgegrenzt werden. Dadurch ist auch nachvollziehbar, warum selbst die generelle Strategiefähigkeit politischer Parteien in Zeiten wachsender Unsicherheit bereits in Frage gestellt wurde (vgl. Raschke 2002: 233f.; Wiesendahl 2002: 190-194).

Lange Zeit war im politikwissenschaftlichen Diskurs völlig unklar, was genau eine Strategie ist, wer über sie nach welchen Kriterien bestimmt und wie sie umgesetzt wird (vgl. Wiesendahl 2002: 189). Einen wichtigen Beitrag zur Schließung dieser konzeptionellen Lücke lieferte Joachim Raschke, der Grundlagen aus Nachbardisziplinen (v.a. der Militär- und Unternehmungsstrategie) auf die Politikwissenschaft übertrug (vgl. Raschke 2001, 2002). Später veröffentlichte er mit seinem Kollegen Ralf Tils ein Grundlagenwerk zur politischen Strategie (vgl. Raschke/Tils 2013).

Strategien meinen „erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen“ und keine spezifischen Erscheinungsformen voraussetzen (Raschke/Tils 2013: 127; vgl. bereits Raschke 2002: 210f.). Ausschlaggebend ist folglich nicht die Art ihres Zustandekommens oder der Grad ihrer Ausarbeitung, sondern der spezifische Charakter der ihnen zugrundeliegenden Orientierungen und Kalkulationen. Es gibt demnach nicht „die“ (reale) Strategie, sondern nur gedankliche Konstrukte der Akteure, die ihr politisches Handeln leiten (vgl. Raschke/Tils 2013: 128). Diese Akteure, das heißt die strategisch denkenden und agierenden Handlungsträger, können Individuen oder Kollektive sein (vgl. ebd.: 140). Die Erfolgsausrichtung strategischer Konstrukte bezieht sich auf wirksame Zielverfolgung, das heißt, Strategieerfolge bestehen nicht in der Verwirklichung eines allgemein wünschenswerten Zustands (z.B. Machtmaximierung), sondern im Erreichen eines strategischen Ziels (z.B. Machterhalt einer spezifischen Koalitionsregierung; vgl. ebd.: 128). Dabei können Strategien wert- und machtstrategisch angelegt sein, wobei sich beide Aspekte nicht ausschließen. Generell wird die strategische Erfolgsorientierung „vom Ende her gedacht“. Zum Beispiel wird eine nach Regierungsbeteiligung strebende Oppositionspartei nicht erst nach dem Machtwechsel mit ihrer grundsätzlichen programmatischen Zielerklärung beginnen (vgl. ebd.).